

An das
Präsidium des Nationalrats

Krems, 25. 9. 2013

Germanistinnen und Germanisten
des BG/BRG Krems
Piaristengasse 2
3500 Krems

Stellungnahme zur Dienstrechtsnovelle 2013 – Pädagogischer Dienst

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als DeutschlehrerInnen sehen wir uns verpflichtet und dringend veranlasst, zu einigen Punkten des Entwurfes zum neuen Lehrerdienstrecht Stellung zu nehmen, um unser großes Entsetzen zum Ausdruck zu bringen.

Durch die Anhebung der Lehrerarbeitszeit auf 24 Wochenstunden in den Klassen steigt für LehrerInnen der sogenannten „Korrekturfächer“ der Arbeitsaufwand um bis zu 40 (!) Prozent. Die in der Öffentlichkeit durch diverse Medien verbreitete Ansicht, dass dadurch die Lehrperson mehr Zeit für den einzelnen Schüler habe, stimmt nicht. Das Gegenteil ist der Fall, denn eine oder zwei Klassen mehr zu unterrichten, bedeutet für eine/n Sprachlehrer enormen zusätzlichen Vorbereitungs- und Korrekturaufwand. LehrerInnen arbeiten nämlich **nicht** nur vormittags in der Schule, sondern auch nachmittags, abends und an vielen Wochenenden, was leider von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird.

Gerade für LehrerInnen in Korrekturfächern ist die Abschaffung des Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetzes eine Katastrophe, da in Zukunft laut neuem Lehrerdienstrecht alle Fächergruppen ungeachtet des tatsächlichen Arbeitsaufwandes gleich gestellt sind. Die Einrechnung von Kustodiaten, Bibliotheksdiensten, Klassenvorstandstätigkeiten, etc. – Arbeiten, die auch laut neuem Dienstrecht zu erbringen sind – ist nicht mehr vorhanden.

Wir brauchen keine lächerliche Abgeltung, sondern Lebensqualität – schon jetzt

gehen wir teilweise an oder über unsere Grenzen!

Die Anhebung der LehrerInnenarbeitszeit (in der Klasse!) lehnen wir entschieden ab, da sonst kein qualitativ wertvoller Unterricht gesichert ist!

Bezüglich der Induktionsphase möchten wir anmerken, dass es uns Germanisten unmöglich erscheint, neben einer vollen Lehrverpflichtung im ersten Dienstjahr zu hospitieren und außerhalb der Unterrichtszeit Induktionslehrveranstaltungen an einer Pädagogischen Schule oder Universität zu besuchen. **Wir befürworten die Beibehaltung des Unterrichtspraktikums wie bisher! Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin eine masterwertige Ausbildung als Voraussetzung für eine Anstellung an einer AHS!**

Eine der **größten Absurditäten** in dem Dienstrechtsentwurf ist die Absicht, LehrerInnen bei Bedarf für Fächer einzusetzen, für die sie nicht ausgebildet wurden. Es ist nicht nur für die LehrerInnen, denen derartiges zugemutet wird, eine Brückierung, sondern vor allem auch eine massive Qualitätsverschlechterung auf Kosten der SchülerInnen.

Es ist bedauerlich, dass unsere Bildungsministerin Dr. Claudia Schmid nicht aus dem Bildungswesen kommt und derartige Qualitätsansprüche ignoriert. In einer AHS unterrichten derzeit Fachlehrkräfte, die ein Fachstudium an einer Universität abgeschlossen haben. **Fachkompetenz ist die Grundlage eines jeden Berufes!!**

Die Kritik am neuen Lehrerdienstrechtsentwurf könnte noch in vielen weiteren Punkten fortgesetzt werden (siehe Stellungnahme der AHS-Gewerkschaft), doch um 20 Uhr haben gewissenhafte DeutschlehrerInnen ihre Korrektur- und Vorbereitungsarbeiten wieder aufzunehmen!

Wir ersuchen Sie im Namen unserer KollegInnen, **zusammen mit Fachkräften aus dem Schulwesen sowie unter Einbindung der Gewerkschaften ein neues, akzeptables und durchführbares Dienstrecht zu erstellen!**

Mit freundlichen Grüßen

GermanistInnen des BG/BRG Piaristengasse